

9. *Fridays for Future* im Spiegel der Medienöffentlichkeit

Max Goldenbaum und Clara S. Thompson

Eine Bewegung, über die nicht berichtet
wird, findet nicht statt.

(Raschke 1985: 343)

Diese Aussage veranschaulicht, wie essenziell die öffentliche Resonanz und die massenmediale Aufmerksamkeit für soziale Bewegungen sind. Nur mithilfe der öffentlichen Berichterstattung können soziale Bewegungen Sichtbarkeit erlangen, ihr Mobilisierungspotenzial steigern und somit Druck auf politische Entscheidungsträger_innen bei der Durchsetzung ihrer Forderungen ausüben. Dazu ist besonders die Zustimmung von, zumindest Teilen, der massenmedialen Öffentlichkeit erforderlich, die wiederum maßgeblich Diskurs und Meinung der Öffentlichkeit prägt (Rucht 1994: 348).

Auch für die Protestbewegung *Fridays for Future* spielt die öffentliche Wahrnehmung eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung ihrer Anliegen. Für ihr Ziel einer generationengerechten und konsequenten Klimaschutzpolitik bedarf es des Rückhalts und der breiten Unterstützung in der Gesellschaft. Um erfolgreich zu sein, setzt FFF auf bestimmte Medien- und Mobilisierungsstrategien wie beispielsweise regelmäßige Schulstreiks, den ›Personenhype‹ um Greta Thunberg, die Darstellung der eigenen Betroffenheit (»Unsere Zukunft«) und die direkte Kooperation mit Wissenschaftler_innen. Bewegungen wie *Fridays for Future* stehen in einem ambivalenten Verhältnis zu den Medien: Während Sichtbarkeit auf der einen Seite unabdingbar für den Erfolg der Bewegung ist, können Medien, indem sie bestimmte Aspekte der Proteste marginalisieren und andere Aspekte verstärken, Gestaltungsmacht über das Bild der Bewegung in der Öffentlichkeit erhalten, welches letztlich wieder Einfluss auf die Politik nehmen könnte (Rucht/Sommer

2019). Zudem versuchen neben Aktivist_innen auch andere Akteur_innen wie Politiker_innen oder Unternehmer_innen, ihre Darstellung strategisch im öffentlichen Diskurs durchzusetzen und somit zu beeinflussen, welche Einstellungen und Meinungen Rezipient_innen zu den behandelten Themen einnehmen. Daraus ergibt sich ein Wettkampf um Deutungshoheit, welcher Thema des vorliegenden Kapitels sein wird.

Folgende Fragen sollen dabei beantwortet werden: Welche Aspekte wurden in der Berichterstattung über *Fridays for Future* betont, welche marginalisiert? Wie und in welcher Form werden die Aktivist_innen, ihre Handlungen und Forderungen kritisiert? Welche Deutungsrahmen oder Frames dominieren die Berichterstattung, und werden diese für oder gegen die Bewegung verwendet? Besonders Medien mit hohen Auflagenzahlen haben die Möglichkeit, die gesellschaftliche Debatte um den Klimawandel und die Legitimität von Klimaschutzmaßnahmen zu beeinflussen (Boykoff/Yulman 2013). Um dieses Phänomen herauszuarbeiten, werden im vorliegenden Kapitel Analysen der zentralen Deutungsrahmen in der medialen Berichterstattung über FFF in den Medien *Der Spiegel*, *Die Zeit*, *Süddeutsche Zeitung*, *taz* und *Die Welt* durchgeführt.

Zuerst geben wir einen Überblick über die Wechselbeziehung zwischen FFF, der Öffentlichkeit und den Medien. Besonderes Augenmerk wird auf die Nachrichtenwerttheorie gelegt, da diese dabei hilft, Gründe für die hohe Berichterstattung über *Fridays for Future* zu verstehen, und aufzeigt, welche politischen Mittel Aktivist_innen zur Verfügung stehen, Sichtbarkeit für ihre Anliegen zu erzeugen. Außerdem werden die Art und Häufigkeit der Berichterstattung über FFF, aufbauend auf einer Analyse der Wochenzeitschrift *Der Spiegel* und der Wochenzeitung *Die Zeit*, beispielhaft dargestellt (Thompson 2020). Der zweite Teil führt in das Konzept des Framings ein, stellt vier zentrale Frames des bisherigen klimapolitischen Diskurses vor und überprüft, inwieweit diese Eingang in die aktuelle Debatte um *Fridays for Future* finden. Der zentralen Deutung der als unzureichend und ungerecht empfundenen Klimapolitik aufseiten der FFF-Befürworter_innen stehen verschiedene Deutungen gegenüber, die sich negativ und kritisch auf die Bewegung beziehen. Eine Analyse dieser sogenannten Frames in der *taz*, der *Welt* und der *Süddeutschen Zeitung* wird Gegenstand des dritten Teils sein (Goldenbaum 2020).

***Fridays for Future*, soziale Bewegungen und die Medien**

Selten war ein Jahr so sehr von der Berichterstattung über die Klimakrise dominiert wie 2019. Trotz der verantwortungsvollen Rolle der Medien in der Gestaltung des gesellschaftlichen Diskurses über den Handlungsbedarf der Politik waren die Massenmedien in der Vergangenheit nur phasenweise interessiert an diesem Thema (Neverla/Schäfer 2012: 17 f.). Viele dynamische, umstrittene Faktoren trugen dazu bei, ob und wie die Medien den Klimawandel darstellten (Boykoff/Yulsman 2013: 360 f.). So zeigte die sehr umfassende Studie zur Klimawandelberichterstattung *Von der Hypothese zur Katastrophe* (Weingart u. a. 2002), dass es in der medienimmanenten Dynamik selbst angelegt sei, in der Berichterstattung über den Klimawandel zwischen den Deutungsrahmen Weltuntergang und Ökoverschwörung, Klimaalarmismus und Klimaskepsis zu wechseln (Avram 2010: 31). Aufgrund ihres Zieles, Aufmerksamkeit zu erhalten und Komplexität zu reduzieren, können Medien die Erkenntnisse der Klimawissenschaft simplifizieren und in Bezug auf den Klimawandel bestimmte Thematisierungsstrategien einsetzen. Zu ihnen gehören die »Vermittlung starker Betroffenheitssuggestionen und drastischer Differenzbehauptungen« (Neidhardt 1994: 18).

Häufig ist die Berichterstattung über den Klimawandel an regionale Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen, Hitzewellen und Flutkatastrophen und politische Ereignisse geknüpft (Neverla/Schäfer 2012: 17 f.). Bisherige Aufmerksamkeitsgipfel wurden Mitte der 1980er mit den Diskussionen um das »Waldsterben«, mit der Tschernobylkatastrophe sowie der Gründung der Partei Die Grünen, mit der Veröffentlichung des vierten IPCC-Sachstandsberichts 2007 sowie rund um die COP15-Konferenz Ende 2009 erreicht (Kössler 2013). Nach dieser verfielen viele Medien in eine »climate fatigue« (Kerr 2009: 927), die erst zum UN-Gipfel in Paris 2015 wieder nachließ, wie eine Analyse der Berichterstattungshäufigkeiten zeigt (O'Neill u. a. 2015). Durch die Besetzung des Hambacher Walds und die Massenkaktionen des Bündnisses Ende Gelände gegen den Kohleabbau erhielt die Klimakrise 2015 eine neue Sichtbarkeit (Bosse 2019). An die Politisierung und Problematisierung der Klimafrage durch klimapolitische Organisationen und zuletzt die Mobilisierung von Ende Gelände knüpfte *Fridays for Future* an (Rucht 2019: 5). Im Jahr 2019 entflammte die Berichterstattung und gesellschaftliche Debatte über den Klimawandel wieder. Aber welche Faktoren

trugen zu der sehr hohen und kontinuierlichen Berichterstattung über diese Protestbewegung bei?

Es ist für soziale Bewegungen eine große Herausforderung, die Kritik an Gesellschaftsformationen, in welchen die Ursache für Umweltprobleme gesehen wird, in die Medien zu bringen. Nicht nur fehlen ihnen »reale Machtmittel«, wenn sie Aufmerksamkeit erhalten wollen, sie sind auch meistens gezwungen, sich dem »Verlangen der Medien nach »einfachen« Botschaften oder »phantasievollen« Bildern anzupassen« (Brunnengräber/Klein/Walk 2005: 353). Obwohl ihre Anliegen und Narrative auch durch soziale Medien in die Öffentlichkeit gebracht werden können, versprechen sie nicht die gleiche Reichweite wie Massenmedien. Da die Massenmedien aktive Mitgestalter der Erzählung über die Klimakrise sind, sind soziale Bewegungen davon abhängig, dass ihre Themen in die Medien gebracht werden. Massenmedien bestimmen maßgeblich mit, welche Geschichten sich durchsetzen, und können dadurch die Meinung von Medienrezipient_innen beeinflussen. Diese können dann durch ihre Rolle als Wähler_innen, Konsument_innen oder Unterstützer_innen entsprechende Reaktionen in der Politik und Wirtschaft hervorrufen.

Die Beziehung zwischen Medien und sozialen Bewegungen lässt sich als asymmetrisch bezeichnen, denn »most movements need the media, but the media seldom needs the movements« (Rucht 2004: 30). Inszenierte Aktionen und Proteste, die Nachrichtenwerte der Massenmedien bedienen, ermöglichen Akteur_innen der Klimabewegung, Indifferenzschwellen der Massenmedien zu überwinden und die Medienberichterstattung zu beeinflussen. Die Nachrichtenwerttheorie verweist darauf, dass Medien bevorzugt über Ereignisse mit einem hohen Nachrichtenwert berichten (Maier u. a. 2018: 16). Für Protestbewegungen typische Nachrichtenwerte sind beispielsweise Überraschung, die Beteiligung von gesellschaftlich einflussreichen Akteur_innen sowie die Dauer oder Personalisierung der Ereignisse. Je mehr von diesen Faktoren auf eine Protestaktivität vereinigt wird, desto höher ist ihr Nachrichtenwert. Allerdings stehen Proteste immer in Konkurrenz mit anderen möglichen Nachrichten, sodass sie keineswegs automatisch mit massenmedialer Aufmerksamkeit rechnen können.

Ein weiterer typischer Nachrichtenwert sind Konflikte zwischen Akteur_innen oder Institutionen. Hier können Medien in der Berichterstattung zu moralisch aufgeladenen Kausalattributionen und Bewertungen greifen, um sowohl Aufmerksamkeit als auch Empörung hervorzurufen. Aber auch

Aktionen können, indem beispielsweise Verhaltensregeln gebrochen werden, bewusst diesen Nachrichtenwert bedienen, um mehr Aufmerksamkeit zu erzielen. Bei FFF zeigt sich dies durch die Verknüpfung der Forderung nach Klimaschutz mit der Umsetzung von Schulstreiks, welche einen hohen Konfliktgrad aufweist. Durch explizite Wertungen oder durch die instrumentelle Aktualisierung von Informationen, wie sie vor allem in Berichten vorkommt, werden bestimmte Sichtweisen gestützt (Kepplinger 1994). So können bei der Darstellung von Konflikten Tatsachen als Probleme gedeutet und das kognitive Begründungsschema Ursache/Wirkung mit dem Gegensatz von gut/böse moralisch aufgeladen werden. In ihrer dramatischsten Form führt die Berichterstattung über Konflikte zur Skandalisierung von Personen oder Institutionen (Kepplinger 1994). Somit entspricht beispielsweise der Sachverhalt, dass einzelne Journalist_innen Greta Thunberg scharf kritisierten, den medienimmanenten Gesetzmäßigkeiten. Durch die Darstellung von vermeintlichen Widersprüchen im Verhalten Greta Thunbergs können Medien individuelle Sichtbarkeit erzeugen (Rucht 2019: 6).

Ein Ereignis muss keine Nachrichtenfaktoren beinhalten, damit darüber berichtet wird, aber Medien berichten bevorzugt über Ereignisse, die diese Nachrichtenfaktoren enthalten (Korte 2011: 190). Aus diesem Grund spielen die Deutungsrahmen der Berichterstattung eine entscheidende Rolle. So könnte eine friedliche Demonstration mit vielen Teilnehmer_innen aufgrund einer verständnisvollen Berichterstattung letztlich einflussreicher sein als eine radikale Protestform, obwohl diese mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu einer Berichterstattung führt (Roose 2006: 44). Aber auch ziviler Ungehorsam kann in Teilen der etablierten Medien wie auch in der Bevölkerung durchaus Verständnis finden, wie beispielsweise die Berichterstattung über die Proteste im Hambacher Wald 2018 zeigt (Rucht 2019: 4).

Während bis dato in der Klimabewegung übliche Aktionsformen Demonstrationen, aber auch Formen des zivilen Ungehorsams wie Baggerbesetzungen, Waldbesetzungen etc. waren, setzt FFF auf Schulstreiks und bringt so hauptsächlich junge Menschen auf die Straße, die sich für einen besseren Klimaschutz einsetzen (Rucht 2019: 7). In dieser Aktionsform lässt sich ein weiterer Grund für die hohe Berichterstattung erkennen. Bis dato zielten Schulstreiks in erster Linie auf Missstände im Schul- und Bildungssystem – die Begriffserweiterung erhält also einen Neuigkeitswert im Sinne der Nachrichtenwerttheorie. Zudem stellen die wöchentlich wiederkehrenden Proteste, die hohen Teilnahmezahlen, die demonstrative Jugendlich-

keit der Bewegung und die breite Unterstützung durch etablierte Umweltverbände und neu entstandene Gruppen wie den *Parents for Future* eine Art »Weide« für die Medien dar (Rucht 2019: 4; Sommer u. a. 2019: 40–42).

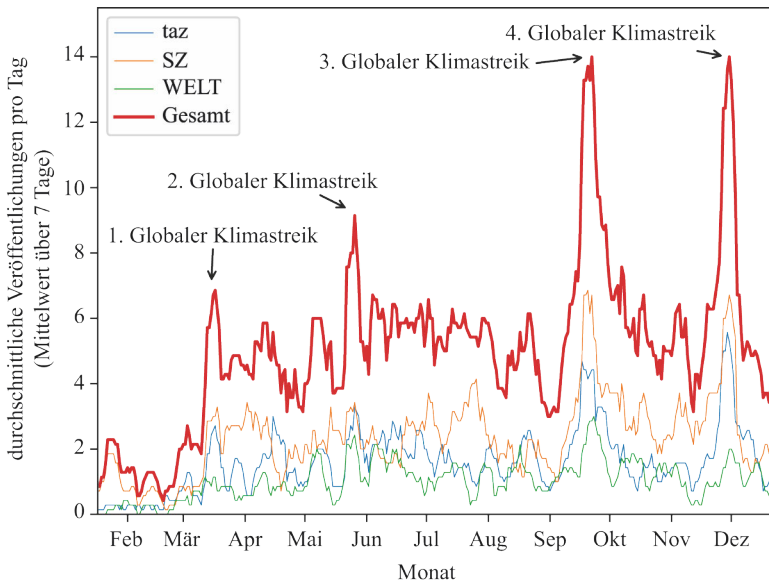
Oft geht der Fokus der Medien auf die äußere Form der Proteste auf Kosten der inhaltlichen Anliegen der Proteste. Protestbewegungen werden häufig auf die äußeren Komponenten wie die Aktionsform und Ziele beschränkt, die mit dem aktuellen politischen System und dem darin geführten Diskurs kompatibel sind (Korte 2011: 187). Die Tatsache, dass FFF die Ziele internationaler Klimapolitik, mit ihrer zentralen Forderung nach Einhalten der Ziele vom Pariser Klimaschutzabkommen von 2015, übernahm, trug sicherlich auch zur erhöhten Berichterstattung bei. Die Einhaltung dieser Ziele fand nicht nur bei FFF, sondern auch bei einem großen Teil der Bevölkerung Zuspruch (Sommer u. a. 2019: 40–42). So wurde den Aktivist_innen häufig ermöglicht, ihre Anliegen zu artikulieren und an öffentlichen Diskussionen teilzunehmen. Sie konnten durch direkte Zitate oder Interviews ihre Forderungen, wie zum Beispiel nach dem Kohleausstieg, in die Berichterstattung mit einfließen lassen. Bei FFF gerieten dadurch Personen wie Greta Thunberg und Luisa Neubauer als »Gesichter« der Bewegung sehr in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit. Es liegt nahe, dass der Personenhype um Greta Thunberg einer der Gründe ist, warum die FFF-Bewegung so viel Aufmerksamkeit erhielt (Rucht 2019: 4). Da die »etablierten Repräsentanten und Advokaten (vor allem Regierung und die herrschenden Parteien) in der medienvermittelten Arena der Öffentlichkeit überrepräsentiert sind« (Neidhardt 1994: 16), ist die Anpassung an die Gesetzmäßigkeiten öffentlicher Kommunikation eine strategische Frage vor der »nicht-etablierte Herausforderer« stehen (Korte 2011: 189). Obwohl die meisten sozialen Bewegungen um eine hierarchiefreie Darstellung ihrer Bewegung bemüht sind, ist die Konzentration auf einzelne Personen oder Pressesprecher_innen eine bewusst und erfolgreich angewandte Strategie von vielen sozialen Bewegungen (Korte 2011: 199; Rucht 2019).

Art und Häufigkeit der Berichterstattung

Diese Ausführungen zeigen, dass soziale Bewegungen wie FFF zur Erreichung ihrer Ziele fast immer auf breitenwirksame Medien angewiesen sind. Andererseits können sie sich an die Gesetzmäßigkeiten der öffentli-

chen Kommunikation anpassen und somit die mediale Berichterstattung beeinflussen. Allerdings unterliegt das Verhältnis sozialer Bewegungen zu Medien auch immer gesamtgesellschaftlichen Funktionsweisen, insbesondere Macht- und Wissensstrukturen, welche wiederum oft Gegenstand der Kritik von sozialen Bewegungen sind. Soziale Bewegungen stehen in einem ambivalenten Verhältnis zu den Massenmedien und der durch sie erzeugten Öffentlichkeit.

Abbildung 9.1: Verlauf der Berichterstattung über Fridays for Future im Jahr 2019



Die Grafik zeigt die Berichterstattungshäufigkeit in den drei Printmedien taz, Welt und Süddeutsche Zeitung im zeitlichen Verlauf des Jahres 2019. Die beschriebene mediale Aufmerksamkeit folgt in den etablierten Medien in zeitlicher Hinsicht einem markanten Muster. Betrachtet man die Anzahl der veröffentlichten Zeitungsartikel, die sich unter dem Schlagwort »Fridays for Future« finden lassen, so zeigt sich ein verstärktes Interesse besonders unter der Woche freitags, samstags und montags sowie im Zeitraum um die globalen Klimastreiks. Die Zeit um den 1. Globalen Klimastreik am 15. März 2019 bildet in der Betrachtung einen vorläufigen Höhepunkt, nachdem die

Aufmerksamkeit für FFF seit Ende des Jahres 2018 sukzessiv zugenommen hatte. Den nächsten vorläufigen Aufmerksamkeitsgipfel stellt der 2. Globale Klimastreik am 24. Mai 2019 zur Europawahl dar. Das mit Ausnahme des Sommerlochs seitdem relativ konstant gebliebene Niveau der Aufmerksamkeit stieg rasant im September 2019, dem Monat, in dem der 3. Globale Klimastreik stattfand, und erreichte damit einen absoluten Höhepunkt. Von Oktober bis Ende des Jahres 2019 lässt sich zum ersten Mal seit Beginn der Bewegung ein kontinuierliches Nachlassen der Berichterstattung feststellen, welches nur vom letzten globalen Klimastreik am 29. November unterbrochen wurde. Vergleicht man die Berichterstattungshäufigkeit um den letzten Klimastreik herum mit dem Zeitraum um den 20. September 2019, lässt sich auch hier ein Nachlassen in der Berichterstattung verzeichnen. Dies schlug sich auch in den Teilnahmezahlen an den Streiks nieder (siehe Sommer u. a., Kapitel 2; Ruch/Rink, Kapitel 4).

Um die Art der Berichterstattung über FFF besser nachvollziehen zu können, sollen im Folgenden formale Merkmale der Berichterstattung über FFF anhand der Wochenzeitung *Die Zeit* und dem wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* beispielhaft skizziert werden. Die Grundlage dafür bilden alle FFF thematisierenden Artikel der beiden Medien im Zeitraum vom 14. Dezember 2018 bis zum 30. Juni 2019. Beide Medien haben den Anspruch, meinungsbildend zu wirken, gelten in ihrer politischen Ausrichtung als liberal und zählen zu den auflagenstärksten Wochenzeitungen in Deutschland. Neben ihren hohen Auflagenzahlen haben beide Medien auch ein wachsendes Publikum durch Onlineleser_innen, was es ihnen ermöglicht, unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. Wie eine Befragung der FFF-Proteste zeigt, spielen Online- und soziale Medien eine wichtige Rolle für die bereits mobilisierte FFF-Anhänger_innenschaft, während die offline präsenten etablierten Medien besonders relevant für Menschen sind, die nicht zu dieser gehören (Sommer u. a. 2019: 18–21).

Die Aufmerksamkeit der Medien verteilte sich inhaltlich auf verschiedene Bereiche. Thematisiert wurde die Wirkung der Proteste, die in der Berichterstattung anhand von politischen Ereignissen, Reaktionen und Konflikten manifestiert wird: die Frage um die Legitimität und Brisanz des Anliegens der Schüler_innen; die Organisation und der Aufbau der Bewegung, womit vor allem Greta Thunberg und Luisa Neubauer in Verbindung gebracht wurden; und die Form des Protests, der Schulstreik. Vor allem Letzterer erreichte in beiden Medien eine hohe Brisanz und entflammte Diskussionen

über die politische Partizipation von Jugendlichen sowie die Dringlichkeit der Klimakrise (Koos/Naumann 2019: 4). So thematisierten knapp die Hälfte aller *Spiegel*- und *Spiegel online*-Beiträge über FFF im Zeitraum Dezember 2018 bis Juni 2019 die gewählte Aktionsform der Schüler_innen und ließen dabei häufig von Politiker_innen geäußerte Kritik an den Protesten zur Geltung kommen. Hier bedienten sich die Medien des Nachrichtenwerts des Konflikts, um über die Proteste zu berichten und Aufmerksamkeit zu generieren. Hinzu kommt, dass 60 Prozent aller Interviews in den ersten sieben Monaten der Bewegung im *Spiegel* mit Lehrer_innen und Schulleiter_innen über ihre Reaktionen auf die Schüler_innenproteste geführt wurden, während Aktivist_innen viel seltener zu Wort kamen. Dies zeigt die Tendenz von Medien, den Meinungen etablierter Repräsentant_innen gegenüber denen ihrer Herausforderer_innen mehr Raum in der Berichterstattung zu geben. Auch die Debatte um die Verantwortung der Generationen, der »Generationenkonflikt«, wurde häufig thematisiert und kommentiert. In der Berichterstattung wurde dieser im »Versagen« von Politiker_innen und Eltern, das sich in ihrer Untätigkeit gegenüber dem Klimawandel manifestierte, in der strategischen Vereinnahmung der Proteste durch Politiker_innen, um dieses »Versagen« zu verschleiern, und in der Überforderung der Politiker_innen im Umgang mit den Schüler_innen begründet.

Die Veröffentlichung vieler Beiträge im Ressort »Politik« zeigt, dass beide Medien die Proteste in politische Zusammenhänge stellen und ihr eine zunehmend wachsende Bedeutung bei der politischen Gestaltungsmacht zusprechen. Während in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums insgesamt 16 Beiträge im Ressort »Politik« oder »Deutschland« veröffentlicht wurden, waren es zwischen April und Juni in beiden Zeitschriften bereits insgesamt 28 Artikel. Auch im Ressort »Gesellschaft« beschäftigten sich viele Artikel mit den Auswirkungen der Proteste auf die Politik. Beim *Spiegel* berichteten in diesem Ressort viele Artikel auf ironisch-unterhaltende Weise über die Proteste als auch die politischen Reaktionen, während die *Zeit* in Hinblick auf die Politik einen eher appellativen und in Hinblick auf die Proteste unterstützenden Ton anschlug. Aus der insgesamt hohen Anzahl an meinungsäußernden Artikeln über FFF kann auf die Absicht geschlossen werden, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dies zeigt sich auch daran, dass die *Zeit* *Fridays for Future* oder diskursive Verknüpfungen mit FFF (z. B. Klimawandel) innerhalb der ersten sieben Monate der Bewegung insgesamt sechsmal auf der Titelseite platzierte.

Beide Zeitschriften berichteten über FFF ungefähr gleich oft im Ressort »Wirtschaft«. Hier wurden die Proteste aus einer ökonomischen Perspektive betrachtet. In der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums ließ sich ein größerer Anteil an Beiträgen feststellen, was bedeutet, dass die Redaktion eine zunehmende Beeinflussung der Ökonomie durch die Proteste anerkannte. Die Beiträge im Ressort »Wirtschaft« beschäftigten sich vor allem mit der Klimasteuer, den Kosten neuer Energiemodelle und der Unterstützung der Bewegung durch die *Entrepreneurs for Future*. Zusätzlich thematisierte der *Spiegel* die Auswirkung der Proteste auf die Finanzindustrie sowie die Möglichkeit von Verhaltensänderungen als Reaktion auf die Proteste. Letztere wurde in der Berichterstattung vor allem in den Zusammenhang mit der Forderung Christian Lindners, Klimaschutz dürfe nicht mit Verboten erreicht werden, gebracht. Der geringe Anteil der Artikel über FFF im Ressort »Wissenschaft« bei beiden Zeitschriften überrascht, da erwartet werden könnte, dass im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Proteste den Leser_innen auch deren enge Verknüpfung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Thema Klimawandel erklärt würde. Im Untersuchungszeitraum wurden außerdem keine Klimawissenschaftler_innen in einem längeren Format in Hinblick auf die Proteste und deren Anliegen interviewt.

Inhalt der Berichterstattung waren in beiden Medien oft Reaktionen von Politiker_innen auf die Aktionsform. Diese beinhalteten eine Wertung, die unterstützend, kritisch oder eine Mischung aus beidem war. Mit insgesamt sechs Artikeln zu der Aussage Christian Lindners, Klimaschutz müsse man nicht den FFF-Akivist_innen, sondern den »Profis« überlassen, wurde im *Spiegel* keine Kritik vonseiten der Politik öfter als Anlass zur Berichterstattung genommen als diese. Der damit verbundene Konflikt zwischen Christian Lindner und den Schüler_innen wurde in weiteren neun *Spiegel*-Artikeln thematisiert und auch in einem von ihm geschriebenen Gastbeitrag in der *Zeit* ausgeführt. Auch die Aussagen von den Politiker_innen Peter Altmaier, Katarina Barley und Angela Merkel sowie die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Lehrer_innenverband und Bundeskanzlerin Angela Merkel, nachdem Letztere sich für die Proteste ausgesprochen hatte, waren Themen der Berichterstattung. Während der *Spiegel* öfter Kritik an den Protesten thematisierte, griff die *Zeit* häufiger unterstützende Reaktionen wie die des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Barack Obama oder von Wissenschaftler_innen auf. Dies zeigt, dass besonders die Berichterstat-

tung im *Spiegel* sehr von der Auseinandersetzung zwischen politischen Akteur_innen, Lehrer_innen und den Schüler_innen und der damit verbundenen Kritik an den Protesten geprägt ist. Die *Zeit* nahm doppelt so häufig wie der *Spiegel* politische Ereignisse wie Entscheidungen zur Klimapolitik oder den hohen Stimmenanteil der Grünen bei der Europawahl im Mai 2020 zum Anlass, um über FFF zu berichten.

Die in der Berichterstattung genutzten Frames

Wie anhand der Beispiele *Der Spiegel* und *Die Zeit* gezeigt werden konnte, wurde auch von etablierten Medien Kritik an FFF geübt. Negative Bewertungen und Kritik unterliegen dabei, ebenso wie Berichterstattung im Allgemeinen, immer einem bestimmten Deutungsmuster. Informationen und Fakten werden selektiert, hervorgehoben und/oder treten in den Hintergrund. Als Frame wird das Resultat dieses Prozesses bezeichnet, der sich entscheidend auf den weiteren Diskussionsverlauf und die Gestaltung von Politik auswirken kann (Lehmann/Zobel 2016: 18). Verhalten sich die jungen Klimaaktivist_innen hysterisch und unvernünftig oder ist ihr lautstarker Protest notwendig, um eine gerechtere und effektivere Klimaschutzpolitik durchzusetzen? Ist Greta Thunberg eine Heldin, weil sie die internationale Klimaschutzbewegung FFF initiiert hat, oder ein bedauernswertes Opfer, das von ihren Eltern und ihrem Umfeld für politische Zwecke instrumentalisiert wird? (Dahinden 2019: 1) Antworten, Einschätzungen oder Lösungsvorschläge für diese Fragen hängen maßgeblich davon ab, welche Perspektive zu dem jeweiligen Thema eingenommen wird und wie ein Problem definiert wird (Matthes 2014: 9). Im öffentlichen Diskurs ist dieser Blickwinkel stark durch journalistische Informationsangebote in den Massenmedien geprägt. Journalist_innen selektieren Themen, über die sie berichten, differenzieren dabei zwischen relevanten und irrelevanten Informationen und stellen damit eine spezifische Perspektive dar. Aber auch andere Akteur_innen, wie Organisationen, Politiker_innen oder Unternehmen, versuchen strategisch, ihre Darstellung in der öffentlichen Meinung durchzusetzen. Rezipient_innen entwickeln auf Basis dieser Darstellungen Meinungen und Einstellungen zu politischen Themen.

Vier zentrale Frames in der Klimapolitik

Auch der Diskurs um Klimapolitik ist von der Verwendung verschiedener Frames geprägt. In einer Literaturübersicht lassen sich seit Ende der 1980er-Jahre vier zentrale strategische Frames der klimapolitischen Debatte und ihre gesellschaftlichen Träger_innen identifizieren (Schlichting und Schmidt 2012: 29). Die Frames lassen sich sowohl inhaltlich als auch zeitlich in ihrer Entstehungszeit voneinander unterscheiden.

Als Erstes bildete sich demnach der *Wissenschaftliche Ungewissheits-Frame* (*Scientific Uncertainty*) heraus. In diesem Frame argumentieren Vertreter_innen der Industrie, konservative Politiker_innen und politisch engagierte Wissenschaftler_innen, dass es weder ausreichend Belege für den »Klimawandel« gebe noch dafür, dass dieser vom Menschen verursacht sei (Oreskes 2007: 78). Folglich sei es ungerechtfertigt, auf politischer Ebene die Emission von Kohlenstoffdioxid regulieren und reduzieren zu wollen. Seit Beginn der Debatte existiert in Europa im Gegensatz zu den USA weniger systematischer Zweifel an der Klimakrise, und der Frame ist auch zeitlich betrachtet heutzutage weniger relevant. Dennoch hat er weiterhin Bestand (Rahmstorf/Schellnhuber 2006: 85). Mit der AfD, die den Klimawandel leugnet, ist dieser Frame mittlerweile auch in der deutschen Parteipolitik präsent (Rucht/Sommer 2019: 122).

Seit den Kyoto-Verhandlungen, den Verhandlungen zur Klimapolitik der Vereinten Nationen von 1997, gibt es eine Verschiebung in der Argumentation der Regulierungsgegner_innen bezüglich der politischen Maßnahmen gegen die Klimakrise. Die Klimakrise wird in diesem Frame anerkannt, problematisiert wird indessen, wer die Verantwortung bei der Problemlösung trägt. Der *Globale Wirtschafts-Frame* (*Global Economics*) postuliert, eine Lösung könne nur unter Einbeziehung und Kooperation aller Akteur_innen und Staaten auf Basis marktzentrierter Lösungen und der Freiwilligkeit der Industrie erfolgreich erreicht werden (Stevenson 2008: 11). Maßnahmen einzelner Staaten werden abgelehnt.

Dass Maßnahmen gegen die Emission von Treibhausgasen nicht negative Konsequenzen für das wirtschaftliche Wachstum bedeuten müssen oder sogar eine ökonomische Chance darstellen, argumentieren Vertreter_innen des Ökologischen *Modernisierungs-Frames* (*Ecological Modernization*). Die Lösung der Klimakrise sei demnach technologischer Fortschritt, der sich wiederum positiv auf die Wirtschaft auswirke, indem neue Arbeitsplätze und

Wettbewerbsvorteile geschaffen werden. Der kapitalistische Markt wird dabei als effizienteste Handlungsmöglichkeit angesehen, um beispielsweise mit einem Emissionshandelssystem den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Durch seine Annahme, Klimaschutz und Wirtschaft vereinbaren zu können, findet dieser Frame eine breite Unterstützung sowohl unter politischen, industriellen als auch zivilgesellschaftlichen Akteur_innen (Schlichting/Schmidt 2012: 33 f.).

Eine andere Perspektive wird von Akteur_innen aus Menschenrechts-, Entwicklungs-, Umwelt- und globalisierungskritischen Organisationen in den Diskurs eingebracht. Der *Klimagerechtigkeits-Frame* (*Climate Justice*) bezieht sich auf die Gerechtigkeitsperspektive in der Klimapolitik und argumentiert im Gegensatz zu den bereits vorgestellten Frames nicht ökonomisch, sondern moralisch (Schlichting/Schmidt 2012: 35). Thematisiert wird beispielsweise, wie die Ursachenverantwortung und die Betroffenheit der Klimakrise ungleich verteilt sind – zwischen globalem Norden und globalem Süden, zwischen den Generationen (Pettit 2004: 102), aber auch in Abhängigkeit von Geschlecht, Ethnie und Klasse (Dawson 2010: 327). Für diese Verhältnisse werden die kapitalistische Verwertungslogik und ihre Institutionen sowie gesellschaftliche Strukturen verantwortlich gemacht. Zu deren Überwindung werden strukturelle Änderungen im Wirtschaftlichen, Sozialen und im Lebensstil gefordert, einschließlich einer demokratischen Organisation der (Energie-)Industrie (Dawson 2010: 328).

Die Mediale Kritik an FFF

Der zuletzt vorgestellte Frame wird auch und besonders von FFF selbst in den medialen Diskurs eingebracht. Dabei kommt insbesondere der Aspekt der Generationengerechtigkeit zum Tragen. Doch mithilfe welcher Frames wird die Bewegung kritisiert, und lassen sich die bisher relevanten Frames der Klimapolitik im Diskurs wiederfinden?

Anhand von drei deutschen, überregionalen Qualitätszeitungen sollen die negativen Bewertungen von FFF aufgezeigt und mit Beispielen illustriert werden. Aufgrund der meinungsführenden Position der überregionalen Qualitätszeitungen in der Presselandschaft und dem Umstand, dass auch Frames dargestellt werden, die nicht der eigenen »Blattlinie« entsprechen, wird davon ausgegangen, dass (fast) alle Frames erfasst werden und die Aus-

sagen auf die Presse im Allgemeinen übertragen werden können (Maurer/Reinemann 2006: 42). Zur Analyse werden Artikel der *Welt*, der *Süddeutschen Zeitung* und der *taz* verwendet, die sich in gleicher Reihenfolge als (stark) konservativ, linksliberal und links beschreiben lassen (Fengler/Vestring 2009: 95). Damit wird ein breites Feld unterschiedlicher politischer Ausrichtungen abgedeckt und die Grundlage für einen darauffolgenden Vergleich geschaffen.

Ein erstes auffälliges Merkmal der Kritik an FFF bildet sich in der divergenten Verwendung von Framearten ab. Dabei bestätigt sich, was bei der Berichterstattung über andere Proteste auch beobachtet wurde (Teune/Sommer 2017: 33). Die Kritik bezieht sich überproportional oft auf formale Aspekte. Das umfasst die Handlungsformen der Protestbewegung, die Bewegung als solche sowie die Repräsentant_innen, ihr Verhalten und deren Rhetorik. Inhaltliche Frames, also jene, die Forderungen, Argumente und klimapolitische Maßnahmen beinhalten, spielen nur eine nachgeordnete Rolle. Ein Phänomen, das sich mit dem *Dominanzprinzip* erklären lässt: Politischen Akteur_innen wird oft empfohlen, sich auf Themen beziehungsweise das Framing von Themen zu konzentrieren, bei denen sie über einen Vorteil verfügen und nicht auf die Themen der Gegenseite eingehen (Hänggli/Kriesi 2010: 143). Das *Dominanzprinzip* schildert diese Strategie: »When one side has an advantage on an issue, the other side ignores it.« (Riker 1996: 106) Demnach werden Akteur_innen aus strategischen Überlegungen bei erfolgreichen inhaltlichen Frames ihrer politischen Gegner_innen nicht auf diese eingehen, sondern eher eigene inhaltliche Frames formulieren oder formale Frames in den Diskurs einbringen.

Spannend ist in diesem Zusammenhang, inwiefern sich die Verwendung der formalen Frames mit der Zeit verändert. In der Entstehungsphase der Bewegung wurden überwiegend die Themen Demonstrieren und Streik sowie die Unmündigkeit der Protestierenden aufgrund ihres geringen Alters problematisiert. Die *Süddeutsche Zeitung* ließ besonders oft Vertreter_innen von Lehrpersonal und Direktor_innen von Schulen zu Wort kommen, welche häufig gegen die Streiks während der Schulzeit Stellung bezogen. Ob die Schüler_innen bewusst die Schule schwänzten oder nicht, wurde ambivalent debattiert. Geschlossen wurde jedoch auf das Schulgesetz aufmerksam gemacht, welches Demonstrieren während der Schulzeit ausschliesse, und darauf verwiesen, außerhalb der Schulzeit auf die Straße zu gehen. Zudem wurde vermerkt, dass es andere Möglichkeiten als das Demonstrieren gebe,

um etwas für den Klimaschutz zu tun. So wurde beispielsweise vorgeschlagen, die Schüler_innen sollten auf der Basis von Aktionen der schulinternen Klima-AG »durch ihr tägliches Handeln vor Ort aktiv den Klimawandel verhindern« (Betzholz 2019), oder erwartet, »dass sich die Schülerinnen und Schüler, die es ernst meinen mit dem Klimaschutz, irgendwann auch in Verbänden und Parteien engagieren« (Pauli 2019). Aktives Handeln für den Klimaschutz wurde damit Demonstrationen gegenübergestellt (und im ersten Beispiel als wirksamere, im zweiten Beispiel als langfristigere Maßnahme dargestellt).

Die problematisierte Unmündigkeit der vielen Schüler_innen kulminierte in einer Aussage Christian Lindners (FDP), der sagte, man könne nicht erwarten, dass jene die globalen Zusammenhänge verstünden und deshalb Klimawandel »eine Sache für Profis« (Lang 2019) sei. Die oft aufgegriffene und kritisierte Aussage veranschaulicht, inwiefern den jungen Protestierenden aufgrund ihres Alters eine gleichberechtigte Position im Diskurs abgesprochen wurde.

Mit einer weiteren Konsolidierung der Bewegung verschob sich die Kritik an FFF besonders auf die Darstellung der Proteste als religiösen/ideologischen Fanatismus und auf die Rhetorik der Protestierenden. Ersteres manifestierte sich in der Beschreibung von FFF als »hipper Öko-Kinderkreuzzug« (Kresta 2019) oder der Beschreibung von Greta Thunberg als eine »ins Heilige entrückte Anführerin« (Alexander 2019). Zudem nehme FFF »eine Aufteilung der Welt in Erlöste und Verdammte« (Drobinski 2019) vor. Die Folgen davon seien eine Immunität für Zweifel und Kritik und eine ideologische Haltung bezüglich der Klimapolitik.

Kritik an der Rhetorik zielte zum einen auf die wahrgenommene Undifferenziertheit der Bewegung ab, die sich an allzu pauschalen Äußerungen der Vertreter_innen zeige. Hierbei wurde vor allem auf Greta Thunberg referiert, die gesagt hatte, angesichts der Klimakrise in Panik verfallen zu sein, und sich wünschte, dass dies auch alle anderen tun sollten (Wallraff 2019). Dies polarisiere und »überzeugt nur die ohnehin Überzeugten und schreckt die Schwankenden ab« (Wallraff 2019). Zum anderen wurde ihr verbale Rigorosität angekreidet, »Radikalität der Rechthaberei« (Rosenfeld 2019) vorgeworfen und FFF in sprachlicher Hinsicht mit Björn Höcke (AfD) gleichgesetzt.

Nicht nur auf der Ebene formaler Frames lässt sich eine Veränderung über die Zeit beobachten. Im Zeitverlauf gewinnt auch die Auseinander-

setzung mit FFFs Argumenten und Forderungen medial an Gewicht und damit auch die negative Bewertung dieser Inhalte. Wie bereits anhand des *Dominanzprinzips* erläutert, sind Akteur_innen eher darauf aus, eigene inhaltliche Frames in den Diskurs einzubringen, als auf die der Gegenseite einzugehen. Dreh- und Angelpunkt in diesem Fall ist der bereits erläuterte ökologische Modernisierungs-*Frame*. Die Forderungen von *Fridays for Future* werden dabei als Verbote oder »Bestrafungsmaßnahmen« (Röser 2019) gedeutet. Plädiert wird für technologische Erneuerung und marktbasierete Maßnahmen, die »vernünftig« seien. Dieser Frame wird in besonderem Maße von wirtschaftsliberalen Akteur_innen verwendet. Neben diesem im Diskurs sehr präsenten Frame und dem *Klimagerechtigkeits-Frame* nehmen die anderen vorgestellten zentralen Klimapolitik-Frames der *wissenschaftlichen Ungewissheit* und der *globalen Wirtschaft* nur eine marginale Rolle in dem Diskurs um FFF ein.

Wenn auch nicht immer von Zustimmung begleitet, legt dennoch die Tendenz der Auseinandersetzung mit den Forderungen von FFF nahe, dass die Bewegung zunehmend als anerkannte Stimme in der Debatte um die zukünftige Klimapolitik wahrgenommen wird. Ein Wandel, der mit der dazugewonnenen Unterstützung von etablierten Verbänden, Organisationen und unterstützenden Gruppen wie *Scientists/Doctors/Parents for Future* korreliert.

Vergleich von konservativer und liberaler Kritik

Neben der Unterscheidung zwischen formalen und inhaltlichen Frames ist auch der Unterschied in der Berichterstattung je nach politischer Ausrichtung der jeweiligen Zeitung auffallend. Hier bestätigt sich die Erwartungshaltung, die sich auch in der Berichterstattung über andere »progressive« Bewegungen beobachten ließ (Rucht 2019: 5): Konservative und wirtschaftsliberale Blätter nehmen eine zumeist kritische, teilweise ablehnende Haltung gegenüber den Protesten ein. Zeitungen, die vornehmlich politisch liberale Positionen vertreten, diskutieren die Bewegung kontrovers, formulieren aber auch viel Zustimmung. Dies trifft auch für linke Zeitungen zu, die größtenteils eine positive Einstellung zu FFF einnehmen.

Unterschiedliche Position werden auch zu umfassenderen Fragen, die FFF und die Klimapolitik betreffen, geäußert, beispielsweise zur Systemfrage. Zur Disposition steht dabei das Verhältnis von Klimaschutz und dem

Kapitalismus als aktuellem Wirtschaftssystem. Während die linken Zeitungen eher für radikale Veränderungen plädierten, verteidigten konservative Blätter erwartungsgemäß die bestehende Ordnung. So wurde in der *taz* argumentiert: »Die Umweltfrage ist ohne einen Systemwechsel nicht lösbar« (Haan 2019). Wirtschaft, Gerechtigkeit und Umwelt seien eng miteinander verknüpft und nicht unabhängig voneinander denkbar, weswegen FFF dies stärker in den Mittelpunkt rücken müsse. Im Gegensatz dazu wurde in konservativen Zeitungen vor teilweise als zu radikal empfundenen Forderungen von FFF gewarnt und sich für »Realpolitik statt Systemwechsel« (Schwilden 2019) ausgesprochen. Daran knüpfte auch die Diskussion um die (potenzielle) Anwendung neuer, radikalerer Demonstrationsformen an. Einerseits ging es um Sorgen des Verfassungsschutzes Hamburg um »linksextremistische Gruppierungen«, die versuchen würden, mit einer Blockadeaktion das »bürgerliche Spektrum zu radikalisieren und zu unterwandern« (Sewig 2019). Andererseits wurde die Gewaltlosigkeit zivilen Ungehorsams in Form von Sitzblockaden als demokratisches Mittel betont (Seddig 2019).

Nicht nur die Positionierung, auch die Art der Kritik war unterschiedlich. So wurde beispielsweise die Kritik an der fehlenden Diversität der Bewegung, die hauptsächlich »weiß, akademisch, urban und privilegiert« (Augustin 2019) sei, in progressiveren Medien konstruktiv formuliert und gleichzeitig Hinweise gegeben, wie eine breitere Mobilisierung von Bevölkerungskreisen möglich wäre, wohingegen in konservativen Zeitungen weniger konstruktive Kritik aufzufinden war. Ein hier abschließend zu erwähnender Unterschied war die Bezeichnung des Protests entweder als »Streik«, die sich öfter in linken Zeitungen finden ließ, oder als »Demonstrationen« in liberalen und konservativen Zeitungen. Dies hat natürlich Konsequenzen für die Legitimität von Protesten, wo doch Streiks bewusst während der regulären Arbeits- oder Schulzeit durchgeführt werden und Demonstrationen nicht zwangsläufig die Arbeitsniederlegung bedeuten und demnach auch außerhalb dieser Zeiten stattfinden können.

Fazit

Die Präsenz in etablierten Medien ist für soziale Bewegungen und die Durchsetzung ihrer Forderungen entscheidend. Während Bewegungen auch im digitalen Zeitalter auf die Massenmedien angewiesen sind, um

eine breite Unterstützung zu erlangen, sind die Medien von den Protesten nicht existenziell abhängig (Rucht 2019: 4). Die Medien folgen in ihrer Berichterstattung ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten, was für Bewegungen zu Herausforderungen führen kann.

So zeigt die beobachtete überproportionale Auseinandersetzung der Medien mit formalen Aspekten wie beispielsweise der Aktionsform der Bewegung ein bekanntes Dilemma sozialer Bewegungen auf: Ihr Protest muss provokant, groß und außergewöhnlich genug sein, um sich zunächst medial Gehör zu verschaffen und auf der Agenda der öffentlichen Diskussion zu landen. Ist der daraufhin geführte Diskurs wiederum vor allem von den Handlungs- und Protestformen geprägt, verhindert dies die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Forderungen und Anliegen der Bewegung, deren Sichtbarkeit und Durchsetzung das eigentliche übergeordnete Ziel darstellen. Wie gezeigt wurde, tendieren FFF-Gegner_innen aus strategischen Überlegungen heraus dazu, nicht auf die erfolgreichen inhaltlichen Frames der Bewegung einzugehen, sondern sich auf formale Frames zu konzentrieren.

Auch andere Konflikte und Krisen können die Proteste überschatten, wie es zu dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Kapitels in der Coronakrise geschieht. Die Pandemie hat für eine Veränderung des medialen, gesellschaftlichen und politischen Resonanzraums gesorgt. Die Themen, an welche die Klimabewegung bisher mit ihren Aktionen und Erzählungen angeknüpft hat, stehen nicht mehr im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Der weitere Erfolg der Bewegung hängt also ganz maßgeblich davon ab, inwieweit der Protest Gehör, Interesse und Beachtung findet und inwiefern es die Bewegung schafft, das Thema Klimaschutz in die bereits begonnenen Debatten um finanzielle Unterstützung für Unternehmen und Konjunkturmaßnahmen einfließen zu lassen. Ob die Bewegung weiterhin mediale Sichtbarkeit erhält, wird außerdem vom Erfolg des digitalen Protests als Überbrückungsaktionsform abhängen und davon beeinflusst sein, ob die Bewegung es schafft, die Klimakrise mit anderen aktuell auftretenden Krisen zu verknüpfen und Zusammenhänge und Folgen zu artikulieren.

Denn um an das einleitende Zitat zu erinnern: Solange Forderungen und Protest von *Fridays for Future* medial Platz eingeräumt wird und um Lob und Kritik an der Bewegung gestritten wird, findet die Bewegung statt. Sobald FFF keine Beachtung mehr erfährt, wird dies einschneidende Konsequenzen für den weiteren Verlauf der Bewegung haben.

Auch wenn die Zukunft der Bewegung noch ungewiss ist, lässt sich festhalten, dass es FFF bisher trotz sehr diverser Kritik gelungen ist, medial eine anschlussfähige und erfolgreiche Deutung über die Gefahr der Klimakrise, das Versagen der politischen Eliten beim Klimaschutz und das politische Mittel des Schulstreiks zu etablieren und damit breite Unterstützung und Rückhalt zu gewinnen.

Literatur

- Alexander, Robin (2019): Klimaschutz braucht Streit, in: Die Welt vom 25. September 2019.
- Augustin, Kersten (2019): Kampf gegen die Hydra, in: taz vom 19. September 2019.
- Avram, Robin (2010): Da scheiden sich die Geister, in: wpk Quarterly 1, S. 30–33.
- Betzholz, Dennis (2019): Nicht nur streiken, auch handeln, in: Die Welt vom 21. März 2019.
- Bosse, Jana (2019): Aufwind: Zivilgesellschaftlicher Protest und seine Wirkung: Es liegt was in der Luft, in: politische ökologie 156, S. 31–36.
- Boykoff, Maxwell T./Yulsman, Tom (2013): Political Economy, Media, and Climate Change: Sinews of Modern Life, in: Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change 4, H. 5, S. 359–371.
- Brunnengräber, Achim (Hg.) (2011): Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik, Wiesbaden: VS.
- Brunnengräber, Achim/Klein, Ansgar/Walk, Heike (Hg.) (2005): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen, Wiesbaden: VS.
- Dahinden, Urs (2019): Framing – Zur Rolle von Deutungsmustern in Medien. Ist Greta Thunberg eine Heldin oder ein Opfer? Eine Frage des Framings, in: TransferPLUS – Aktuelle Beiträge zur Medienbildung 5, doi.org/10.25366/2019.37.
- Dawson, Ashley (2010): Climate Justice: The Emerging Movement against Green Capitalism, in: South Atlantic Quarterly 109, H. 2, S. 313–338.
- Drobinski, Matthias (2019): Religion und Ratio, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. September 2019.

- Fengler, Susanne/Vestring, Bettina (2009): Politikjournalismus, Wiesbaden: VS.
- Goldenbaum, Max (2020): Deutungsrahmen negativer Bewertungen der ›Fridays for Future‹-Proteste im öffentlichen Diskurs. Eine qualitative Inhaltsanalyse mithilfe der Framing Theorie. Bachelorarbeit, Universität Bremen, www.researchgate.net/publication/341549674_Deutungsrahmen_negativer_Bewertungen_der_Fridays_for_Future_Proteste_im_oeffentlichen_Diskurs_-_Eine_qualitative_Inhaltsanalyse_mithilfe_der_Framing_Theorie.
- Haan, Yannick (2019): Liebe FFF-Aktivist*innen, ... Die Umweltfrage ist ohne einen Systemwechsel nicht lösbar. Klimaaktivisten wissen das, aber sie stellen die Systemfrage nicht. Ein offener Brief., in: taz vom 20. September 2019, taz.de/Offener-Brief-an-Fridays-For-Future/!5627471&s=Liebe+Fridays.
- Hänggli, Regula/Kriesi, Hanspeter (2010): Political Framing Strategies and Their Impact on Media Framing in a Swiss Direct-Democratic Campaign, in: Political Communication 27, H. 2, S. 141–157.
- Kepplinger, Hans Mathias (1994): Prozesse und Wirkungen öffentlicher Meinungsbildung, in: Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 214–233.
- Kerr, Richard A. (2009): Amid Worrisome Signs of Warming, ›Climate Fatigue‹ Sets, in: Science 326, H. 5955, S. 926–928.
- Koos, Sebastian/Naumann, Elias (2019): Vom Klimastreik zur Klimapolitik. Die gesellschaftliche Unterstützung der ›Fridays for Future‹-Bewegung und ihrer Ziele. Forschungsbericht, Universität Mannheim, Universität Konstanz, <https://kops.uni-konstanz.de/handle/123456789/46901>.
- Korte, Mareike (2011): Der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler, in: Achim Brunnengräber (Hg.), Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik, Wiesbaden: VS, S. 187–207.
- Kössler, Georg (2013): Die Klimabewegung in Deutschland, in: Matthias Dietz/Heiko Garrelts (Hg.), Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch, Wiesbaden: VS, S. 185–204.
- Kresta, Edith (2019): Der Hype um Greta: Reicht's jetzt langsam?, in: taz vom 26. September 2019.
- Lang, Jaqueline (2019): Wie Profis, in: Süddeutsche Zeitung vom 12. März 2019.

- Lehmann, Pola/Zobel, Malisa Zora (2016): Die Rede von der Krise. In welche Muster politische Parteien Flüchtlinge einordnen, bestimmt das Klima der Debatten, in: WZB Mitteilungen 37, H. 151, S. 18–21.
- Maier, Michaela/Retzbach, Joachim/Glogger, Isabella/Stengel, Katrin (2018): Nachrichtenwerttheorie, Baden-Baden: Nomos.
- Matthes, Jörg (2014): Framing, Baden-Baden: Nomos.
- Maurer, Marcus/Reinemann, Carsten (2006): Medieninhalte. Eine Einführung, Wiesbaden: VS.
- Neidhardt, Friedhelm (Hg.) (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neverla, Irene/Schäfer, Mike S. (Hg.) (2012): Das Medien-Klima: Fragen und Befunde der kommunikationswissenschaftlichen Klimaforschung, Wiesbaden: Springer VS.
- O'Neill, Saffron/Williams, Hywel T. P./Kurz, Tim/Wiersma, Bouke/Boykoff, Maxwell (2015): Dominant Frames in Legacy and Social Media Coverage of the IPCC Fifth Assessment Report, in: Nature Climate Change 5, H. 4, S. 380–385.
- Oreskes, Naomi (2007): The Scientific Consensus on Climate Change. How Do We Know We Are Not Wrong?, in: Joseph F. DiMento/Pamela Doughman (Hg.), Climate Change, Cambridge/London: MIT Press, S. 65–99.
- Pauli, Ralf (2019): Das ist politische Feigheit vor der Sympathiewelle, in: taz vom 20. März 2019.
- Pettit, Jethro (2004): Climate Justice: A New Social Movement for Atmospheric Rights, in: IDS Bulletin – Institute of Development Studies 35, H. 3, S. 102–106.
- Rahmstorf, Stefan/Schellnhuber, Hans J. (2006): Der Klimawandel – Diagnose, Prognose, Therapie, München: C. H. Beck.
- Raschke, Joachim (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Riker, William H. (1996): The Strategy of Rhetoric. Campaigning for the American Constitution, New Haven (CT): Yale University Press.
- Roose, Jochen (2006): 30 Jahre Umweltprotest: Wirkungsvoll verpufft?, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 19, H. 1, S. 38–49.
- Rosenfeld, Dagmar (2019): Bizarres Universum, in: Die Welt vom 18. September 2019.
- Röser, Sarna (2019): Zertifikate ja, CO₂-Steuern nein, in: Die Welt vom 14. September 2019.

- Rucht, Dieter (1994): Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen, in: Friedhelm Neidhardt (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 337–358.
- Rucht, Dieter (2004): The Quadruple ›A‹ – Media Strategies of Protest Movements since the 1960s, in: Wim van de Donk/Brian D. Loader/Paul G. Nixon (Hg.), Cyberprotest: New Media, Citizens and Social Movements, London: Routledge, S. 29–56.
- Rucht, Dieter (2019): Faszinosum Fridays for Future, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 47–48/2019, S. 4–9.
- Rucht, Dieter/Sommer, Moritz (2019): Fridays for Future. Vom Phänomen Greta Thunberg, medialer Verkürzung und geschickter Mobilisierung: Zwischenbilanz eines Höhenflugs, in: Internationale Politik, S. 121–125.
- Schlichting, Inga/Schmidt, Andreas (2012): Strategische Deutungen des Klimawandels. Frames und ihre Sponsoren, Forschungsjournal Soziale Bewegungen 25, H. 2, S. 29–41.
- Schwilden, Frédéric (2019): Realpolitik statt Systemwechsel, in: Die Welt vom 21. September 2019.
- Seddig, Katrin (2019): Fremd und befremdlich – Sitzblockaden können falsch sein, dumm – aber nicht gewalttätig, in: taz vom 25. September 2019.
- Sewig, Claudia (2019): ›Fridays for Future‹ fordert Gewaltfreiheit, in: Die Welt vom 20. September 2019.
- Sommer, Moritz/Rucht, Dieter/Haunss, Sebastian/Zajak, Sabrina (2019): Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, in: ipb working paper 2.2019, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/08/ipb-working-paper_FFF_final_online.pdf.
- Stevenson, Hayley (2008): Creating a Climate of Convenience: Australia's Response to Global Climate Change (1996–2007), in: Energy & Environment 19, H. 1, S. 3–20.
- Teune, Simon/Sommer, Moritz (2017): Zwischen Emphase und Aversion. Großdemonstrationen in der Medienberichterstattung, ipb working paper 2.2017, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/07/ipb-Forschungsbericht-Gro%C3%9Fdemonstrationen-in-der-Medienberichterstattung.pdf
- Thompson, Clara S. (2020): Fridays for Future in den Medien. Eine Diskursanalyse der Berichterstattung im »Spiegel« und in der »Zeit«, BA-Arbeit,

Universität Leipzig, www.researchgate.net/publication/341458670_Fridays_for_Future_in_den_Medien_Eine_Diskursanalyse_zur_Berichterstattung_im_SPIEGEL_und_in_der_ZEIT.

Wallraff, Lukas (2019): Der Hype um Greta: Reicht's jetzt langsam?, in: die taz vom 26. September 2019.

Weingart, Peter/Engels, Anita/Pansegrau, Petra (2002): Von der Hypothese zur Katastrophe: der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien. Opladen: Leske + Budrich.

